

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 6233/81	Dest. ZS/A 38
Rep.	Kat. Sa

Protokoll des Gespräches mit Herrn Emil Carlebach am
14. November 1975 in Frankfurt.

1. Führende Mitglieder der KPD kamen 1945 aus Konzentrationslagern oder dem Exil nach Hessen zurück; ich selbst z.B. Ende April aus Buchenwald, Oskar Müller aus Dachau. Im Sommer 45 kamen Walter Fisch und Leo Bauer aus der Schweiz. Sofort wurde mit dem Wiederaufbau der Organisation begonnen. Zentrale war Frankfurt. Ab Juli 45 gab es wieder eine - noch illegale - Landesleitung der KPD, der u.a. angehörten: Walter Fisch, Oskar Müller, Leo Bauer, Paul Krüger und ich.

Die Landesleitung konnte aber noch nicht mit allen Teilen Hessens Kontakt aufnehmen, da es kein funktionierendes Post-, Telefon- und Verkehrsnetz gab.

Die hessische Landesleitung ^{wurde so schnell wie möglich mit dem} ~~wurde von ZK in Berlin ohne~~ Schwierigkeiten ~~besttigt.~~ ^{Verbindung auf.}

2. Die KPD verfolgte nach der Niederlage des Faschismus eine antifaschistisch-demokratische Konzeption. Das bedeutete im wesentlichen folgendes:

- Deutschland hatte sich nicht selbst befreit, sondern war von den Alliierten befreit worden. Daher galt es zunächst die Reste der faschistischen Herrschaft zu verschlagen; das bedeutete vor allem, die wirtschaftlichen Machtgrundlagen des Faschismus, das Monopolkapital, restlos zu beseitigen.

- Die Spaltung der Arbeiterklasse war ein entscheidender Grund für die Machtergreifung des Faschismus gewesen. Sie musste durch die ~~Wiederarbeit~~ ^{Zusammenarbeit} von SPD und KPD ~~ber-~~ ^{ber-}wunden werden.

- Darüber hinaus sollte mit allen Parteien Zusammenarbeit werden, die sich zu der antifaschistisch-demokratischen Konzeption bekannten.

So gab es z.B. in Frankfurt 1945 ein Komitee der 4 (später) lizenzierten Parteien, das es sich zur Aufgabe gemacht hatte, gemeinsam an den Wiederaufbau heranzugehen.

! mit dem Ziel einer Vereinigung

6233/81	ZS/A 38
	Se

- Es war 1945 nicht entscheidend, aus welchen Gründen die einzelnen Parteien zur Zusammenarbeit bereit waren; zum einen konnte man sich die Parteien nicht aussuchen und mußte Vorurteile, die gegenüber der KPD noch bestanden, hinnehmen, zum anderen war 1945 noch gar nicht abzusehen, welche Entwicklung die einzelnen Parteien nehmen würden. Entscheidend war zu dieser Zeit, der Wille zur Zusammenarbeit und das Bekenntnis zur antifaschistisch-demokratischen Grundlage.

Die Mehrheit
des Volkes war
nicht abhän-
gig davon,

- Unmittelbar nach der Niederlage des Faschismus war es nicht möglich, einen sozialistischen Staat aufzubauen, weil die Staatsgewalt von der Militärregierung ausgeübt wurde, der Antikommunismus nach 12 Jahren faschistischer Propaganda noch stark verbreitet war und zunächst die notwendigen Aufbauarbeiten zu leisten waren. Zunächst wurde daher eine parlamentarische Bürgerlich-demokratische ~~Republik~~ Republik angestrebt, die ~~der~~ Ausgangspunkt für eine weitere Entwicklung zum Sozialismus sein konnte.

3. Die gemeinsame Grundlage der 4 Parteien zerburch bereits ende 45 anfang 46 an den realen Kräfteverhältnissen. Die amerikanische Besatzungsmacht war nicht gewillt, eine ~~sozialistische~~ ^{antifaschistisch-politische} Entwicklung zu tolerieren und brachte bevorzugt Personen mit antikommunistischen Zielsetzungen in politische und gesellschaftliche Schlüsselpositionen. Diese wiederum nutzten den bei ihren Parteimitgliedern latent vorhandenen Antikommunismus, um einen Keil zwischen die KPD und die anderen Parteien zu treiben. Dazu kommt, daß bereits ende 45 auch die hessische SPD auf den antikommunistischen Kurs Schumachers festgelegt wurde. So hat der Parteivorsitzende der hessischen SPD, Willi Knothe, im Sommer 45 noch die Verwirklichung der Einheit der Arbeiterklasse befördert und war später maßgeblich am Ausschluß einheitswilliger SPD-Genossen beteiligt. Nachdem die Risse in der gemeinsamen Grundlage nicht mehr zu beseitigen waren, hat die KPD weiterhin loyal am Wiederaufbau teilgenommen und versucht - z.T. im Bündnis mit der SPD - , fortschrittliche Positionen durchzusetzen.

4. Die wirtschaftspolitischen Forderungen von SPD und KPD waren 1945/46 ~~in wesentlichen~~ ^{verbal weitgehend} identisch. Während die KPD aber ^{um die} ~~langfristig nicht bei einer bürgerschaftlich demokratischen Republik mit parlamentarisch-demokratischen Institutionen stehen wollte, glaubte die SPD, daß mit den oben angeführten Zielen bereits der "demokratische Sozialismus" erreicht war.~~ ~~Überhaupt sollte der SPD eine klare Konzeption. Sie war anfällig für Einflüsse von rechts und links und gab jeden Druck, wenn er nur stark genug war, schnell nach. Ihr ging es auch mehr darum, ihren führenden Vertretern gesellschaftliche und staatliche Schlüsselpositionen zu verschaffen, als eine konsequente sozialistische Politik zu betreiben.~~

5. Die Konzeption des "christlichen Sozialismus" konnte sich in der CDU gegen die schnell durch Protektion der Amerikaner zu Macht und Einfluß gelangte "Handelskammerführung" nicht durchsetzen. Die führenden Vertreter der Frankfurter "Intelligenzler" sind dann auch bald aus der Partei ~~ausgetreten.~~ ^{Der anti-kapitalistischen Stimmung über die Partei, dem Einfluß des "christlichen Gewerkschaftsflügels" und dem Nachwirken der "Frankfurter Leitende" ist es allerdings zu verdanken, daß sich die CDU-Führung gezwungen sah, der Sofortsozialisierung durch den Art. 41 NV zuzustimmen.}

6. Die FDP war ^(vor allem) ~~eine reine~~ Unternehmerpartei. Sie ließ sich am wenigsten von der allgemeinen "Sozialismus-Euphorie" anstecken. Zwar war sie 1945 durchaus noch zur Zusammenarbeit mit der KPD bereit gewesen (z.B. in Frankfurt), doch als sich der reaktionäre ~~ultra-~~ Flügel im Frühjahr 1946 in der Partei durchsetzte, ^{warden die} ~~waren die~~ ~~liberalen~~ ~~Elemente~~ ^{Elemente} ~~zurück gedrängt.~~

7. Die FDP hatte keinen paragraphenmäßig ausgearbeiteten Verfassungsentwurf, wohl aber verfügte sie über ein verfassungspolitisches Programm: Wichtigste Zielsetzungen waren die Erhaltung der Einheit Deutschlands, die Verankerung von sozialen und wirtschaftlichen Grundrechten und die Festlegung einer neuen Wirtschaftsverfassung (Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, ~~mitbestimmung~~ ^{einheitliche Sozialversicherung}).

Realisierung
dieser Ziele
Kämpfe, nicht
die Führung
der SPD
selbst für
EK & Zu-
rück.

8. Die Vertreter der KPD in der Verfassur beratenden Landesversammlung (in folgenden: IV) wurden von der Parteiführung kontrolliert (und nicht umgekehrt). Grundsätzliche Fragen, die während der Verhandlung in der IV anstanden, wurden vor allem mit Walter Fisch, Oskar Müller, und Leo Laker besprochen.

Die Vertreter der SPD in der IV unterhielten ständige aber lose Kontakte mit den SPD-Vertretern.

9. Die amerikanische Besatzungsmacht hat versucht, die Verabschiedung des Art. 41 zu verhindern. Da sich aber SPD, KPD und ODU für die Kompromißform des Art. 41 einsetzten, und die Amerikaner ein Verbot des Artikels als öffentliche Maßnahme ^() gerne vermeiden wollten, haben sie eine Sonderabstimmung ^{Ange} ~~erlaubt~~. Als diese dann wider ihr Erwarten positiv ausfiel, zögerten sie in der folgenden Zeit ~~noch immer~~ ^{weiterhin} eine tatsächliche Veränderung der Eigentumsverhältnisse hinaus und verhinderten sie damit schließlich.

10. Nach der 2. Lesung der Verfassung hat ~~sich~~ die KPD zunächst ~~überhaupt nicht~~ ^{überhaupt} die Vor- und Nachteile der einzelnen Verfassungsbestimmungen abgewogen.

Obwohl durch den Kompromiß SPD-ODU einige fortschrittliche Positionen beseitigt wurden, hat die KPD dann doch zugestimmt, weil in der weimarschen Verfassung keine Barrieren für die deutsche Einheit enthalten waren, die sozialen und wirtschaftspolitischen Bestimmungen einen Fortschritt bedeuteten und eine spätere Entwicklung zum Sozialismus in der Verfassung offenhalten wurde. ^()

H.-C. Meyer

(Protokollant: G.S. Beyer)



(Emil Geyrhofer)

Fragebogen

- I. 1. Wie ist die CDU in Hessen nach dem II. Weltkrieg wiedergegründet worden (kurzer Abriß der Gründungsdaten)?
- II. 2. Welche Ziele verfolgte die CDU in Bezug auf die neu zu schaffende Wirtschaftsordnung insbesondere in Bezug auf Sozialisierungen?
3. Wie beurteilen Sie die theoretischen Ziele und die praktische Politik der anderen Parteien (SPD, KPD, LDP), der Gewerkschaften, Unternehmerverbände und anderer gesellschaftlicher Interessensgruppen (z.B. Kirchen) zur künftigen Wirtschaftsverfassung insbesondere zu Sozialisierungen?
4. Was bedeutete die Formel der CDU vom "christlichen Sozialismus" in Bezug auf das wirtschaftspolitische Programm? Ein Zugeständnis an die Zeitstimmung oder ein ernsthaft (auch vom rechten Flügel der CDU) angestrebtes Ziel?
- III. 5. Wie viele Verfassungsentwürfe der CDU hat es gegeben?
6. Gab es innerhalb der CDU einen Verfassungsausschuß oder wer hat die Verfassungsentwürfe oder -vorschläge ausgearbeitet?
7. Hat es Protokolle, Gutachten oder andere Materialien für diese Vorbereitungsarbeiten gegeben?
8. Gab es Überlegungen innerhalb der CDU über die rechtliche Ausgestaltung der Sozialisierung?
9. Wie beurteilen Sie die Verfassungsentwürfe und -vorschläge der anderen Parteien in Bezug auf die angestrebte Wirtschaftsverfassung insbesondere auf Sozialisierungen?
- IV. 10. Hat die Fraktion der CDU während der Verhandlungen in der Verfassungsberatenden Landesversammlung Vorschläge zur Wirtschaftsverfassung insbesondere zur Sozialisierung erarbeitet?

11. Wie beurteilen Sie das Verhalten der amerikanischen Besatzungsmacht gegenüber den geplanten Eingriffen in die Eigentumsverfassung?
12. Können Sie Interventionen der amerikanischen Besatzungsmacht bestätigen? Wann erfolgten sie und in welcher Form?
13. Wie beurteilen Sie den zwischen CDU und SPD ende September 1946 geschlossenen Verfassungskompromiß in seinen Auswirkungen auf die künftige Wirtschaftsverfassung?
14. Wie beurteilen Sie die Stellung der CDU zur Sozialisierungsfrage und ihre Zustimmung zum Art. 41 HV? Taktik oder Überzeugung?
- V. 15. Wie beurteilen Sie das Ergebnis der Auseinandersetzungen, also die am 1. Dezember 1946 angenommene Verfassung? Welche Partei hat Ihrer Meinung nach ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen am weitgehendsten durchsetzen können?
- VI. 16. Kennen Sie Personen, die möglicherweise noch über Material (auch von anderen Parteien) aus dieser Zeit verfügen?

Protokoll des Gespräches mit Herrn Dr. Erich Proskopf
am 2. Mai 75 in Herborn

zu 1. Auf Anregung der amerikanischen Besatzungsmacht wurden Ende 1945 auf lokaler Ebene die ersten Parteien gegründet. Anfang 1946 entstand in ^{Herborn} eine Demokratische Partei, die im März/April 1946 Kontakte mit der ~~CDU~~ und der ~~SPD~~ in Frankfurt aufnahm und sich im April/Mai für ein Zusammengehen mit der CDU entschied.

zu 2. In der CDU gab es verschiedene Strömungen. Die wichtigsten waren:

- Eine liberal-konservative Richtung, die vor allem von Anhängern des ehemaligen Zentrum, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten repräsentiert wurde.
- Eine von der christlichen Gewerkschaftsbewegung beeinflusste Richtung.

Beiden gemeinsam war ein grundsätzliches Festhalten an der Institution des Privateigentums an den Produktionsmitteln; während aber der rechte Flügel der CDU sich grundsätzlich gegen Sozialisierungen wandte, lehnte der linke Flügel zwar die von der SPD propagierte Sozialisierung kraft Verfassung ("Sofortsozialisierung") ab, nicht aber Sozialisierungen bei Mißbrauch des Privateigentums (z.B. Monopolbildungen). Diese sollte dann durch einfaches χ Gesetz geregelt werden.

Insgesamt herrschte aber in der CDU die Ansicht vor, daß es 1946 noch zu früh sei, durch Verfassungsnormen irgendwelche Präjudizierungen zu treffen; auch wurde überwiegend eine Sozialisierung auf Landesebene abgelehnt, da solche einschneidende Maßnahmen nicht Sache eines Landes sondern nur eines künftigen Gesamtstaates sein konnten.

zu 3. Auch in der SPD gab es sehr verschiedene Strömungen; sie reichten von kommunistischen Vorstellungen bis zu Anschauungen, die auch von der CDU akzeptiert werden konnten. So gab es starke Kräfte in der SPD und CDU, die ein Wiederaufleben der alten Preußen-Koalition (SPD-Zentrum) befürworteten.

8/

Auf Grund der Erfahrungen in der Weimarer Republik hatte sich die hessische SPD aber auf Sozialisierungen kraft Verfassung festgelegt und war Kompromißbereit nur in der Frage, welche Wirtschaftszweige der Sofortsozialisierung unterworfen werden sollten.

Die KPD vertrat einen universal sozialistischen Standpunkt und versuchte für ihre Vorstellungen Anhänger beim linken Flügel der SPD zu gewinnen.

Die Einstellung der FDP war rein liberalistisch; sie lehnte staatliche Eingriffe in die Wirtschaft und damit auch Sozialisierungen grundsätzlich ab.

zu 4. Der christliche Sozialismus - wie er in den Frankfurter Leitsätzen vom September 1945 zum Ausdruck kommt - lehnte einen marxistischen Staatssozialismus ab und forderte eine gemeinwirtschaftliche Ordnung. Allerdings spielten die Frankfurter Leitsätze zur Zeit der Beratungen in der Verfassungsberatenden Landesversammlung für die CDU keine große Rolle mehr. Christlicher Sozialismus wurde zu der Zeit bereits mehr als ein ethisches Postulat und nicht als ein wirtschaftspolitisches Programm verstanden.

zu 5. 6. und 7. Die Verfassungsentwürfe der CDU (Königsteiner und Wiesbadener Entwurf, Kenka-Entwurf) sind nicht als Arbeiten eines Gremiums sondern als Einzelarbeiten entstanden. Es hat bis zum Beginn der Verhandlungen in der Verfassungsberatenden Landesversammlung keinen Verfassungsausschuß der CDU gegeben. Gemeinsame Beratungen über verfassungspolitische Fragen wurden erst in der Fraktion der CDU in der Verfassungsberatenden Landesversammlung aufgenommen.

zu 8. Nein

zu 9. Grundlage der Verhandlungen in der Verfassungsberatenden Landesversammlung war der Entwurf des Vorbereitenden Verfassungsausschusses. Die Entwürfe der einzelnen Parteien hatten keine große Bedeutung und waren größtenteils zu akademisch und für Hessen unbrauchbar.

- zu 10. Die CDU hatte keine Entwürfe vorbereitet, da sie einer Sozialisierung grundsätzlich ablehnend gegenüberstand.
- zu 11. Die Amerikaner vertraten keine feste Konzeption bei den Verhandlungen um die Landesverfassung. Sie akzeptierten die Vorstellungen der politischen Parteien, soweit sie Freiheit und Pluralismus garantierten. Diese rezeptive Haltung der Amerikaner führte dazu, daß sie keine massive Verringerungstätigkeit gegenüber den geplanten Art. 41 betrieben, sondern sich damit begnügten - nachdem CDU, SPD und KPD sich nachdrücklich für die Kompromißform des Art. 41 eingesetzt hatten - , eine gesonderte Abstimmung zu fordern.
- zu 12. Ich war an den Verhandlungen mit der amerikanischen Militärregierung nicht beteiligt.
- zu 13. Da ich die Sozialisierungsvorstellungen der SPD für wirtschaftlich unvernünftig gehalten habe, habe ich persönlich den Kompromiß mit der SPD, der ja eine Beibehaltung des - wenn auch abgeschwächten - Art. 41 vorsah, nicht für richtig gehalten. Ich hätte lieber eine SPD-KPD-Koalition in Kauf genommen als in diesen grundsätzlichen Fragen nachzugeben. Ich habe mich dann aber der Mehrheit der CDU-Fraktion gebeugt.
- zu 14. Die Mehrheit der CDU lehnte Sozialisierungen ab und es wäre mit Sicherheit nicht zu einem Art. 41 gekommen, wenn eine CDU/LDP Mehrheit in der Verfassungsberatenden Landesversammlung vorhanden gewesen wäre. Da die Kräfteverhältnisse aber anders waren, stand die CDU vor folgender Wahl:
- entweder wurde eine von der SPD und KPD verantwortete weitgehend sozialistische Wirtschaftsverfassung durchgesetzt,
 - oder man mußte eine von SPD und CDU verantwortete Wirtschaftsverfassung anstreben, die eine Kompromißbereitschaft in wirtschaftspolitischen Fragen bei beiden Parteien voraussetzte.

Das Bestreben der CDU-Mehrheit ging dahin, auf jeden Fall zu einem Kompromiß mit der ~~SPD~~ SPD zu kommen: Der linke Flügel, weil er Sozialisierungen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstand, der rechte Flügel aus taktischen Gründen,

- weil so eine SPD/KPD Koalition verhindert werden konnte, die nicht ohne Weiteres rückgängig zu machende - in der Verfassung verankerte - grundlegende Währungsstellungen in der Wirtschaftspolitik zur Folge gehabt haben könnte,
- weil die Gefahr bestand, daß die SPD - auf die KPD angewiesen - sich noch weiter nach links entwickeln würde,
- weil in den Kompromißverhandlungen die Sozialisierungsvorstellungen der SPD "entschärft" werden konnten,
- weil 1948 noch nicht abzusehen war, ob es in einer angestrebten SPD/CDU Koalition tatsächlich zu Sozialisierungen kommen würde oder ob der Art. 41 nicht doch auf dem Papier bleiben würde.

zu 15. Unter Berücksichtigung des Zeitgeistes und der politischen Kräftekonstellation war die in der Verfassung niedergelegte Wirtschaftsordnung für die CDU noch vertretbar, wenn die dort angestrebte Ordnung ökonomisch auch höchst bedenklich war.

H.-C. Meyer

(Protokollant)

H.C. Meyer

Th. K. Meyer
(Dr. Ulrich Großkopf)

Fragebogen

- I 1. Wie ist die KPD in Hessen nach dem II. Weltkrieg wieder begründet worden (kurzer Abriss der Gründungsdaten)?
- II 2. Welche Ziele verfolgte die KPD in Bezug auf die neu zu schaffende Wirtschaftsordnung insbes. in Bezug auf Sozialisierungen?
3. Wie beurteilen Sie die theoretischen Ziele und die praktische Politik der anderen Parteien (SPD, CDU, LDP), der Gewerkschaften, Unternehmerverbände und anderer gesellschaftlicher Interessensgruppen (z.B. Kirchen) zur künftigen Wirtschaftsverfassung insbes. zu Sozialisierungen?
4. Was bedeutete die Formel der CDU vom "christlichen Sozialismus"? Ein Zugeständnis an die Zeitstimmung oder ein ernst zu nehmendes Programm?
- III 5. Sind die Vorstellungen der KPD zur künftigen Wirtschaftsverfassung in entsprechende Verfassungsentwürfe oder -vorschläge umgesetzt worden?
6. Gab es innerhalb der KPD einen Verfassungsausschuß oder wer hat die Verfassungsentwürfe oder -vorschläge ausgearbeitet?
7. Hat es Protokolle, Gutachten oder andere Materialien für diese Vorbereitungsarbeiten gegeben?
8. Gab es Überlegungen innerhalb der KPD über die rechtliche Ausgestaltung der Sozialisierung?
9. Wie beurteilen sie die Verfassungsentwürfe und -vorschläge der anderen Parteien?
- IV 10. Hat die Fraktion der KPD während der Verhandlungen in der Verfassungsberatenden Landesversammlung Vorschläge zur Wirtschaftsverfassung erarbeitet?
11. Wie beurteilen Sie das Verhalten der amerikanischen Besatzungsmacht gegenüber den geplanten Eingriffen in die Eigentumsverfassung?

12. Können Sie Interventionen der amerikanischen Besatzungsmacht bestätigen? Wann erfolgten sie und in welcher Form?
13. Wie beurteilen Sie den zwischen SPD und CDU ende September 46 geschlossenen Verfassungskompromiß in seinen Auswirkungen auf die bisher praktizierte Zusammenarbeit mit der KPD und in seinen Auswirkungen auf die künftige Wirtschaftsverfassung?
14. Wie beurteilen Sie die Stellung der CDU zur Sozialisierungsfrage und ihre Zustimmung zum Art. 41 RV? Taktik oder Überzeugung?
- (V 15. Wie beurteilen Sie das Ergebnis der Auseinandersetzungen, also die am 1. Dezember 1946 angenommene Verfassung? Welche Partei hat Ihrer Meinung nach ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen am weitgehendsten durchsetzen können?
- (VI 16. Nennen Sie Personen, die möglicherweise noch über Material (auch von den anderen Parteien usw) aus dieser Zeit verfügen?

Protokoll des Gespräches mit Herrn Paul Krügeram 12. 3. 75 in Riedelbach

- zu 1. Direkt nach Einmarsch der Besatzungsmächte wurden in den befreiten Gebieten örtliche KPD-Gruppen gegründet. Der Kontakt zwischen den örtlichen Gruppen war wegen der zerstörten Verkehrswege zunächst gering, doch konnte man bereits im Mai/Juni 1945 von Anfängen einer Organisation auf Landesebene sprechen.
- zu 2. Ziel war es, zunächst einen bürgerlich-demokratischen Staat zu schaffen. Die Schlüsselindustrien sollten in Staatseigentum überführt werden, die übrige Wirtschaft staatlich geplant werden. Erst wenn die Stufe einer bürgerlichen Demokratie erreicht ist, soll die Umwandlung in eine sozialistische Planwirtschaft erfolgen. *angestrebt wiederum*.
- zu 3. Die SPD strebte eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien und eine staatliche Wirtschaftsplanung an. Eine sozialistische Planwirtschaft im Sinne einer Überführung aller Produktionsmittel in Gemein- oder Staatseigentum lehnte sie ab. Die CDU des Jahres 45 bis anfang 46 war in ihrer Mehrheit durchaus bereit, zusammen mit SPD und KPD eine Teilsozialisierung und eine staatliche Wirtschaftsplanung durchzuführen. Erst im Laufe des Jahres 46 erstarkte der rechte Flügel (Röhler, Hilpert), für den Sozialisierung ein Lippenbekenntnis und eine Anpassung an den Zeitgeist war. Die FDP vertrat eine - von staatlichen Einflüssen möglichst freie - kapitalistische Wirtschaft.
- zu 4. Während es dem linken Flügel der CDU durchaus erst mit dem Programm des christlichen Sozialismus war, war diese Lösung für den rechten Flügel eine taktische Übergangslösung, um in einer Zeit starker Sozialisierungstendenzen auch Wähler aus der Arbeiterschaft zu gewinnen.

- zu 5. Die KPD hat ihre Vorstellungen in der Zeitung "Wissen und Tat" dargelegt und ein 13 Punkte Programm für die Verfassung aufgestellt. Einen vollständigen Verfassungsentwurf besaß sie nicht.
- zu 6. Die KPD hatte einen Verfassungsausschuß, dem neben den Vertretern der KPD im Verfassungsausschuß der Verfassungsberatenden Landesversammlung (Bauer, Feutner, Rademacher) auch noch Arbeitsminister Oscar Müller angehörte.
- zu 7. Über die Sitzungen des Verfassungsausschusses der KPD sind Protokolle angefertigt worden.
- zu 8. Eigene Überlegungen über die rechtliche Ausgestaltung der Sozialisierung wurden zur Zeit der Arbeit der Verfassungsberatenden Landesversammlung noch nicht angestellt.
- zu 9. In Frage 3 bereits mitbeantwortet.
- zu 10. Die Fraktion der KPD hat zu den einzelnen Artikeln der Wirtschaftsverfassung eigene Vorschläge erarbeitet, meist in Zusammenarbeit mit der SPD.
- zu 11. Die amerikanische Militärregierung stand den geplanten Eingriffen in die Eigentumsverfassung ablehnend gegenüber.
- zu 12. Mir sind Interventionen wegen des geplanten Betriebsrätegesetzes und wegen Art. 41 HV (Sofortsozialisierung) in Erinnerung. Da ich keine Aufzeichnungen mehr aus dieser Zeit habe, kann ich nichts Konkretes dazu sagen.
- zu 13. Ende September 48 hatte sich bereits die Schumacher-Linie in der SPD durchgesetzt, nach der nicht mit der KPD zusammengearbeitet werden sollte. Deshalb erfolgte zu der Zeit eine Abwendung von der KPD; um aber die nötige Mehrheit für die Durchsetzung der Verfassung zu haben, wandte sich die SPD der CDU zu.

Der CDU gelang es dann in dem Verfassungskompromiß, wesentliche Zugeständnisse in den Fragen der Wirtschaftsverfassung von der SPD zu erzielen. Die CDU rettete damit die Grundlagen der kapitalistischen Eigentumsverfassung.

zu 14. Die CDU stimmte dem Art. 41 EV aus taktischen Gründen zu. Sie sah momentan keine Möglichkeit, die verfassungsrechtliche Absicherung der Sozialisierung zu verhindern, hoffte aber nach den Wahlen durch eine Beteiligung an der Regierung, die Durchführung des Sozialisierungsprogramms zunächst hinauszögern, dann verwässern und schließlich verhindern zu können.

Der linke Flügel der CDU, dem es ernst war mit der Sozialisierung, hatte zu der Zeit bereits keinen nennenswerten Einfluß mehr.

zu 15. SPD und KPD haben Teilsozialisierung und staatliche Wirtschaftsplanung durchsetzen können. CDU und FDP haben aber erreicht, daß grundsätzlich am Privateigentum der Produktionsmittel festgehalten wurde.

zu 18. Die noch lebenden Mitglieder der Sammligen verfassungsberatenden Gremien.

Protokollant:

H.-G. Meyer

(H.-G. Meyer)

Paul Krüger
(Paul Krüger)

Fragebogen

- I. 1. Wie ist die SPD in Hessen nach dem II. Weltkrieg wiedergegründet worden (kurzer Abriss der Gründungsdaten)?
- II. 2. Welche Ziele verfolgte die SPD in Bezug auf die neu zu schaffende Wirtschaftsordnung insbesondere in Bezug auf Sozialisierungen?
3. Wie beurteilen Sie die theoretischen Ziele und die praktische Politik der anderen Parteien (CDU, KPD, IDP), der Gewerkschaften, Unternehmerverbände und anderer gesellschaftlicher Interessengruppen (z.B. Kirchen) zur künftigen Wirtschaftsverfassung insbesondere zu Sozialisierungen?
4. Was bedeutete die Formel der CDU vom "christlichen Sozialismus" in Bezug auf das wirtschaftspolitische Programm? Ein Zugeständnis an die Zeitstimmung oder ein ernsthaft (auch vom rechten Flügel der CDU) angestrebtes Ziel?
- III. 5. Wie viele Verfassungsentwürfe der SPD hat es gegeben?
6. Gab es innerhalb der SPD einen Verfassungsausschuß oder wer hat die Verfassungsentwürfe oder -vorschläge ausgearbeitet?
7. Hat es Protokolle, Gutachten oder andere Materialien für diese Vorbereitungsarbeiten gegeben?
8. Gab es Überlegungen innerhalb der SPD über die rechtliche Ausgestaltung der Sozialisierung?
9. Wie beurteilen Sie die Verfassungsentwürfe und -vorschläge der anderen Parteien in Bezug auf die angestrebte Wirtschaftsverfassung insbesondere in Bezug auf Sozialisierungen?

- IV. 10. Hat die Fraktion der SPD während der Verhandlungen in der Verfassungsberatenden Landesversammlung Vorschläge zur Wirtschaftsverfassung insbesondere zur Sozialisierung erarbeitet?
11. Wie beurteilen Sie das Verhalten der amerikansichen Besatzungsmacht gegenüber den geplanten Eingriffen in die Eigentumsverfassung?
12. Können Sie Interventionen der amerikanischen Besatzungsmacht bestätigen? Wann erfolgten sie und in welcher Form?
13. Wie beurteilen Sie den zwischen SPD und CDU ende September 1946 geschlossenen Verfassungskompromiß in seinen Auswirkungen auf die künftige Wirtschaftsverfassung?
14. Wie beurteilen Sie die Stellung der CDU zur Sozialisierungsfrage und ihre Zustimmung zum Art. 41 HV? Sanktion oder Überzeugung?
- V. 15. Wie beurteilen Sie das Ergebnis der Auseinandersetzungen, also die am 1. Dezember 1946 angenommene Verfassung? Welche Partei hat Ihrer Meinung nach ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen am weitgehendsten durchsetzen können?
- VI. 16. Kennen Sie Personen, die möglicherweise noch über Material (auch von anderen Parteien) aus dieser Zeit verfügen?

Protokoll des Gespräches mit Herrn Ludwig Metzger
am 5. Juni 1975 in Darmstadt

- zu 1. Bereits im Sommer 1945 wurde in Darmstadt die SPD vor allem durch Heinrich Sinnkenn und mich wiedergegründet. Die Neuformierung erfolgte lange bevor die Parteien in der amerikanischen Zone offiziell zugelassen wurden.
- zu 2. Bei der Diskussion der hessischen SPD um die künftige Wirtschaftsverfassung stand das Sozialisierungsproblem im Vordergrund, weniger die Frage der Planwirtschaft.
- zu 3. Starke Kräfte in der CDU (z.B. Köhler, v. Brentano) ^{hielten} setzten sich nach 1945 ^{mit für unmöglich} für die Sozialisierung von Schlüsselindustrien ein. Für sie war Sozialismus kein Schreckgespenst mehr und sie waren bereit, neue Wege zu gehen. In den Anfangsjahren der CDU (1945/46) hatte der linke Flügel der hessischen CDU noch eine starke Stellung. Die KPD war ^{bei der Verfassungsbearbeitung} ~~damals bereits~~ positiv an einer neuen demokratischen Entwicklung mitgearbeitet. ^{Johnant} ~~Sie lehnte sich~~ ^{und hoffte mit} ~~ab~~ ^{an} die SPD an, doch blieben die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Parteien über den richtigen Weg und die anzustrebende Form des Sozialismus erhalten.
- Die LDP lehnte kompromisslos Sozialisierung und Planwirtschaft ab und vertrat in den wirtschaftspolitischen Grundsatzfragen einen ^{reaktionären} ~~reaktionären~~ Standpunkt.
- zu 4. Die wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen der hessischen CDU, wie sie im christlichen Sozialismus der Frankfurter Leitsätze zum Ausdruck kommen, wurden ^{mit meiner Meinung} von ~~der~~ ^{der} CDU ernsthaft angestrebt und waren nicht lediglich Taktik. Diese Zielvorstellungen haben in den Jahren 1945/46 bei der CDU eine erhebliche Rolle gespielt.
- zu 5. 6. 7. Diese Fragen wurden bereits im Brief vom 8. Mai 75 beantwortet.
- zu 8. Es wurden während der Verhandlungen - allein schon aus Zeitgründen - keine konkreten Einzelfragen erörtert.

- zu 9. -
- zu 10. Die Textentwürfe wurden vom Verfassungs-Ausschuß ausgehandelt und später von den jeweiligen Fraktionen gebilligt.
- zu 11. Die amerikanische Besatzungsmacht wandte sich gegen Sozialisierungen in Hessen. Da aber SPD und CDU auf der Aufnahme des Art. 41 in die Verfassung bestanden, wurde als Kompromiß eine gesonderte Abstimmung über den Art. 41 vereinbart.
- zu 12. Es gab einen ständigen Kontakt zwischen der amerikanischen Militärregierung und den 4 Parteien. Die Militärregierung hat ständig die Verfassungsverhandlungen beobachtet und kontrolliert und wenn es ihr erforderlich erschien - wie z.B. beim Art. 41 - auch interveniert.
- zu 13. Bei dem Verfassungskompromiß hat die SPD in wirtschaftspolitischen Fragen nur in Rand- nicht aber in grundsatzentscheidungen nachgegeben. Die Sofortsozialisierung und die Ausrichtung der Wirtschaft am Westteil blieben erhalten. Die Konzeption der SPD konnte sich im wesentlichen durchsetzen und trotz des Verfassungskompromisses ist der III. Abschnitt für die SPD noch als zufriedenstellend zu bezeichnen.
- zu 14. Die Mehrheit der CDU hat dem Verfassungskompromiß aus Überzeugung zugestimmt, weil sie - entsprechend den Frankfurter Leitsätzen - die Ansicht vertrat, daß nur ein neuer Anfang auch in den Fragen der Wirtschaftsordnung eine Wiederholung des Nationalsozialismus verhindern konnte.
- zu 15. Die SPD hatte ihre Konzeption in allen wesentlichen Fragen des III. Abschnittes durchsetzen können, wenn sie auch in Einzelfragen, um zu einem Kompromiß mit der CDU zu gelangen, durchaus Abstriche gemacht hat. Auch für die CDU war die schließlich vereinbarte Wirtschaftsverfassung noch vertretbar. Allerdings hätte sie von sich aus eine Wirtschaftsordnung, die Sofortsozialisierung und Elemente der Planwirtschaft vorsieht, nicht angestrebt.

Christoph Jantsch
13. 11. 25.

H.-C. Meyer
(Protokollant: H.-C. Meyer)

Ludwig Metzger
(Ludwig Metzger)

LUDWIG METZGER
STAATSMINISTER a.D.

61 DARMSTADT, DEN 8. Mai 1975.
Fichtestr. 41.

Sehr geehrter Herr Beyer!

Auf Ihr Schreiben vom 28.4. teile ich mit:

1. Es ist richtig, dass der Verfassungsausschuss der SPD. in Giessen und Hochwaldhausen getagt hat. Wenn ich nicht recht erinnere, sind wir einige male in Hochwaldhausen gewesen. Sicher bin ich allerdings nicht. Ich weiss nicht, ob es Protokolle gibt.
2. Ich glaube nicht, dass ausser den von Ihnen erwähnten Entwürfen weitere Entwürfe existiert haben. Sie sind von den genannten Personen angefertigt worden aber selbstverständlich unter Berücksichtigung der gemeinsamen Beratungen. Anweisungen aus Hannover hat es nicht gegeben. Natürlich gab es ständige Verbindungen. Ich selbst habe dem Parteivorstand von Anfang an angehört.
3. Weitere Entwürfe sind während der Verfassungsberatenden Landesversammlung meiner Erinnerung nach seitens der SPD-Fraktion nicht ausgearbeitet worden

Zu einem Gespräch in Darmstadt bin ich bereit. Wir müssten den Zeitpunkt miteinander vereinbaren. Da ich viel auf Reisen bin, wird es gut sein, einen genügenden Spielraum bei Vorschlägen vorzusehen.

Mit besten Grüßen

Ihr

Institut für Zeitgeschichte

Fragebogen

Vorbemerkung: Ich möchte Sie bitten, diese Fragen lediglich als Anhaltspunkte für Ihre Antworten aufzufassen. Es kommt mir nicht auf eine vollständige Beantwortung der angeführten Fragen an, sondern darauf, daß jeder für mich wichtige Problemkreis kurz skizziert wird.

- I. 1. Wie ist die CDU in Hessen nach dem II. Weltkrieg wieder gegründet worden (kurzer Abriss der Gründungsdaten) ?
- II. 2. Welche Ziele verfolgte die CDU in Bezug auf die neu zu schaffende Wirtschaftsordnung insbesondere in Bezug auf Sozialisierungen?
3. Wie beurteilen Sie die theoretischen Ziele und die praktische Politik der anderen Parteien (SPD, KPD, FDP), der Gewerkschaften, Unternehmerverbände und anderer gesellschaftlicher Interessensgruppen (z.B. Kirchen) zur künftigen Wirtschaftsverfassung insbesondere zu Sozialisierungen?
4. Was bedeutete die Formel der CDU vom "christlichen Sozialismus" in Bezug auf das wirtschaftspolitische Programm? Ein Zugeständnis an die Zeitstimmung oder ein ernsthaft (auch vom rechten Flügel der CDU) angestrebtes Ziel?
- III. 5. Wie viele Verfassungsentwürfe der CDU hat es gegeben?
6. Gab es innerhalb der CDU einen Verfassungsausschuß oder wer hat die Verfassungsentwürfe oder -vorschläge ausgearbeitet?
7. Ist es Protokolle, Gutachten oder andere Materialien für diese Vorbereitungsarbeiten gegeben?
8. Gab es Überlegungen innerhalb der CDU über die rechtliche Ausgestaltung der Sozialisierung?
9. Wie beurteilen Sie die Verfassungsentwürfe und -vorschläge der anderen Parteien in Bezug auf die angestrebte Wirtschaftsverfassung insbesondere Sozialisierungen?

- IV. 10. Hat die Fraktion der CDU während der Verhandlungen in der Verfassungsberatenden Landesversammlung Vorschläge zur Wirtschaftsverfassung insbesondere zur Sozialisierung erarbeitet?
11. Wie beurteilen Sie das Verhalten der amerikanischen Besatzungsmacht gegenüber den geplanten Eingriffen in die Eigentumsverfassung?
12. Können Sie Interventionen der amerikanischen Besatzungsmacht bestätigen? Wann erfolgten sie und in welcher Form?
13. Wie beurteilen Sie den zwischen CDU und SPD ende September 1946 geschlossenen Verfassungskompromiß in seinen Auswirkungen auf die künftige Wirtschaftsverfassung?
14. Wie beurteilen Sie die Stellung der CDU zur Sozialisierungsfrage und ihre Zustimmung zum Art. 41 BV? Taktik oder Überzeugung?
- V. 15. Wie beurteilen Sie das Ergebnis der Auseinandersetzungen, also die am 1. Dezember 1946 angenommene Verfassung? Welche Partei hat Ihrer Meinung nach ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen am weitgehendsten durchsetzen können?

Protokoll des Gespräches mit Herrn Prof. Dr. Erwin Stein
am 22. Mai 1975 in Fernwald bei Gießen (Hannover)

zu 1. Die Gründung der CDU erfolgte in Hessen - zunächst unter verschiedenen Namen - auf lokaler Ebene. Die CDU verstand sich als eine Partei, die die konfessionelle Spaltung des Parteiensystems in der Weimarer Republik überwinden wollte. Ihr Ziel war, ^{also} einer christlichen (nicht evangelische oder katholische) ~~Partei~~ *Haltung politisch Entscheidungen zu treffen.*

zu 2. Die Auffassung der CDU zur neuen Wirtschaftsordnung ist aus den Grundsatzreden von Köhler und Ranka in der 2. bzw. 3. Plenarsitzung der Verfassungsberatenden Landesversammlung und aus den Protokollen der Verhandlungen des Siegener-Ausschusses ~~zu entnehmen.~~

Die CDU strebte eine soziale Wirtschaftsordnung an; einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus. In diesem Zusammenhang befürwortete sie eine Sozialisierung der Schlüsselindustrien und eine Planwirtschaft, soweit die Freiheit des Einzelnen dabei gewährleistet blieb. Die Frankfurter Leitsätze von September 1945 spielten bei der Entwicklung dieser Vorstellungen eine entscheidende Rolle und haben auch noch die Position der CDU in der Verfassungsberatenden Landesversammlung bestimmt.

zu 3. Die SPD trat ebenfalls für Sozialisierung der Schlüsselindustrien und für Planwirtschaft ein. Nur war sie in ihren Forderungen weitgehender und radikaler als die CDU; so war ihr Katalog der zu sozialisierenden Betriebe umfangreicher und ihre Vorstellungen über Planwirtschaft totaler als bei der CDU.

Die FDP war weitgehend eine kapitalistische Unternehmerpartei, die ~~keine~~ sozialen Forderungen *erheblich weniger* aufwies.

Die KPD erhob als Zwischenziel ähnliche Forderungen wie die SPD, strebte aber langfristig eine radikale sozialistische Planwirtschaft *und völlige Unabhängigkeit der Wirtschaftsordnung an.*

*Die CDU ist unter
 anderem Be-
 rücksichtigung
 des sog. Ver-
 fassungskom-
 promisses*

zu 4. Die wirtschaftspolitischen Forderungen des "christlichen Sozialismus" sind aus den Frankfurter Leitsätzen ablesbar, ^FDie dort aufgeführten Ziele wurden im Grundsatz während der Verhandlungen in der Verfassungsberatenden Landesversammlung beibehalten, wenn auch in Einzelheiten teilweise abgewichen wurde.

desen Art waren vor allem Egon Kogon, Walter Dörks, Marcel Schiller und Josef Andriessen waren.

zu 5. Die Verfassungsentwürfe der CDU haben bei den Beratungen in der Verfassungsberatenden Landesversammlung keine große Rolle gespielt; insbesondere der von Koack und Kremer verfaßte Königsteiner Entwurf wurde von der CDU-Fraktion als zu umfangreich und nicht praktikabel empfunden. *Die Anträge für den einzelnen Abschnitt der Verfassung wurden von Fall zu Fall erarbeitet*

zu 6. Es gab keinen Verfassungsausschuß in der CDU. Die vorgelegten Entwürfe (Koack/Kremer, Kanka) waren individuelle Arbeiten.

zu 7. Nein

zu 8. Die Fraktion der CDU war sich einig in der Ablehnung eines Staatssozialismus. Weitere Überlegungen über die genaue rechtliche Ausgestaltung der Sozialisierung hat es nicht gegeben. *Abstrahl der Verfassungsausschüsse*

zu 9. Die Beantwortung ergibt sich aus der Antwort zu Frage 5.

zu 10. Die Vorschläge der CDU sind in den Drucks. I - IIIa enthalten.

ist Beratungsbörse
zu 11. *Die Amerikaner* waren gegen Sozialisierungen. Zum einen, weil sie in wirtschaftspolitischen Fragen konservativ eingestellt waren, zum anderen weil sie verhindern wollten, daß in den Ländern und Zonen verschiedene Wirtschaftsverfassungen entstehen, die eine spätere Zusammenfassung zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet erschweren.

Die Beratungsbühnen *mit der Anführung*
 Die Amerikaner haben aber trotzdem ^{des} Art. 41 ^{verlangt}
~~gestimmt~~, weil es ihr Demokratieverständnis verbot, den
 Willen der großen Mehrheit (SPD, CDU, KPD) der demokratisch
 gewählten Verfassungsberatenden Landesversammlung zu
 ignorieren. *Wesentlich für diese Haltung hat die Stellung-*
nahme des späteren Ministerpräsidenten Eilert Weisbroden.

zu 12. Interventionen der amerikanischen Militärregierung hat
 es nicht gegeben, sondern nur Beratungen *Empfehlungen*.
 4 bis 5 Mitglieder des Verfassungsausschusses haben sich
 ca 2 mal in der Woche mit Beratern der Militärregierung
 getroffen. Es wurden dann die jeweils behandelten Ab-
 schnitte der Verfassung mit ~~den~~ ^{Beratern} ~~der Militärregierung~~ durch-
 gesprochen. Dabei hat es Änderungswünsche der Amerikaner
 gegeben; es wurden aber keine Verbote für bestimmte
 Artikel ausgesprochen.

zu 13. Auf Grund der von der Militärregierung festgesetzten
 knappen Termine, kamen die Verhandlungen gegen Ende
 September in Zeitdruck.

Die CDU legte dann einen von Karke und mir verfaßten
 Entwurf eines Organisationsstatuts ("Vollradser Entwurf")
 vor, in dem der umstrittene III. Abschnitt (die Klärung
 dieser Fragen hätte viel Zeit bedurft) fehlte.

Dieser Entwurf gab den Anstoß zu dem Versuch, doch noch
 zu einer Klärung der strittigen Fragen zwischen den
 beiden großen Parteien zu kommen.

In gemeinsamen Verhandlungen von SPD (Lergsträsser,
 Freichof, Knothe, Stock u.a.) und CDU (v. Brentano,
 Hilpert, Köhler, Stein, Stiefler u.a.) wurden die Fragen
 der Sozial- und Wirtschaftsverfassung und der Kultur-
 ordnung (Schule, Kirche) noch einmal durchgesprochen *und*

Einigung erzielt.
 Die CDU gab im wesentlichen in wirtschaftspolitischen
 Fragen nach (*sie* stürzte z.B. der Sofortsozialisierung
 des Art. 41 zu), die SPD in kulturpolitischen.

Zu 14) Eine Aufzeichnung vom 28. 10. 1946, die ich in der
Praktikumsitzung vom gleichen Tage angelesen habe
wird die sich in mein Alben befindet, enthalten
ich zur Begründung für den Volksentscheid über
Art 41 HV:

" 1) Sie ist: Krieg geschloß, dessen auch wirt-
schaftspolitische Folgen zu sehen.

2) Abschaltung des Monopolkapitalismus

Einwänd: a) Stabilität - Problem: Antwort: unter der Hand
mit dem Staat oder nicht. Gewiß liegt in ihm,
in unserer Politik

b) Art 41 - amerikanische Konvention - kein
Leben mit Reparaturen ab, dann bedarf Situation:
Vorwurf würde entstehen, wir hätten kein dem-
okratische Politik. Sieht längere Programme der CDU.
Gewinn zu gestimmt a) in Sicherung b) in der
2. Lesung.

Die Regierung ist, daß auch in der 3. Lesung zug-
estimmt würde.

Prof. Dr. Heine

Mein Alben: ^{Einhangen}
Band II Entscheidungen Nr. 16

Dr.h.c.Dr.e.h.Georg August Zinn
Hess.Ministerpräsident a.D.

62 Wiesbaden, den 21.4.75
Grillparzerstr. 19

Herrn
Hans-Christoffer Beyer

355 Marburg/Lahn
Friedrich-Naumann-Straße 2

Sehr geehrter Herr Beyer !

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 2.4.75,
auf das ich wegen einer Auslandsreise erst jetzt antworten
kann.

Es trifft zu, daß der Verfassungsausschuß der SPD verschie-
dentlich in Hessen und Hochwaldhausen getagt hat.

Ich habe im Jahre 1946 an den Sitzungen teilgenommen und
kann mich insbesondere an die Sitzung in Hochwaldhausen er-
innern. Mir ist verständlicherweise nicht mehr in Erinnerung,
ob weitere Sitzungen des Verfassungsausschusses der SPD,
außer den von Ihnen erwähnten, stattgefunden haben.

Ich verfüge nicht über ein Protokoll dieser Sitzungen, auch
nicht über die Sitzung vom 30.5.1946 .

Ich bin jedoch überzeugt, daß die einzelnen Hinweise von
Herrn Prof.Dr.Bergsträsser zutreffend und vollständig sind.
Nach meiner Auffassung sind außer den von Ihnen erwähnten
Verfassungsentwürfen des damaligen Abgeordneten Caspary und
des Justizministeriums keine weiteren Entwürfe vorhanden.
Den von Ihnen erwähnten Verfassungsentwurf vom 31.7.1946 habe
ich im wesentlichen zusammen mit meinem damaligen Mitarbeiter
Herrn Prof.Dr.jur.Adolf Arndt entworfen.

Außer dem damaligen Abgeordneten Caspary und Herrn Dr.Arndt
und mir, sind weitere Personen an der Bearbeitung nicht be-
teiligt gewesen.

Nach meiner Meinung sind keine zusätzlichen Gutachten und keine zusätzlichen Stellungnahmen ausgearbeitet worden, sodaß auch keine weiteren, dem Entwurf zugrundeliegende Materialien, vorhanden sein dürften.

Die Entwürfe zur Sozial- und Wirtschaftsordnung sind, wie Sie richtig ausführen, von Herrn Willi Richter, dem damaligen Landesvorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Hessen, der SPD-Fraktion der Verfassungsberatenden Landesversammlung vorgelegt worden.

Näheres über die von Ihnen erwähnten Verfassungsentwürfe und die Entwürfe von Herrn Richter zur Sozial- und Wirtschaftsordnung kann ich Ihnen leider nicht mitteilen. Nach meiner Erinnerung sind während der Verhandlungen in der Verfassungsberatenden Landesversammlung keine weiteren Entwürfe bearbeitet worden.

Dabei ist zu beachten, daß die vorgelegten Entwürfe in der Fraktion der SPD der Beratenden Landesversammlung in Hessen in der Regel von mir vorgetragen und erläutert worden sind. Auch die Stellungnahmen zu den Entwürfen von Herrn Caspary und dem Teilentwurf von Herrn Richter habe ich vor der Fraktion mündlich erörtert, sodaß wohl kaum darüber Protokolle angefertigt worden sind.

Es tut mir leid, daß ich Ihnen keine weiteren Auskünfte zu geben vermag und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Ihr

Georg-August Zinn

Die vorstehenden Schriftstücke 1 bis 29 stellen vollständige
Lichtbilder der mir vorgelegten Protokolle, Briefe und
Unterlagen dar.

Stade, den 19. Juni 1978

K. Haly
N o t a r

Institut für Zeitgeschichte - Archiv